

Stand: 19.05.2026 10:27:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7709

"Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I: Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7709 vom 22.07.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8650 des WI vom 09.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025
4. Beschluss des Plenums 19/9956 vom 10.02.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I: Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, stockwerkübergreifende Bohrungen im Bereich der oberflächennahen Geothermie zu ermöglichen. Dafür sollen insbesondere folgende Punkte beachtet und im Genehmigungsprozess aufgenommen werden:

- Ein Auflagenkatalog für stockwerkübergreifende Bohrungen wird zeitnah erarbeitet.
- Die Möglichkeiten neuer Techniken wie z. B. Magnetdotierung werden einbezogen.
- Die Vorteile von großen Bohrtiefen im Bereich der stark erhöhten Effizienz bei gleichzeitig stark verringertem Platzbedarf werden anerkannt.

Begründung:

Bisher ist die Genehmigungspraxis in Bayern bei Bohrungen im Bereich der oberflächennahen Geothermie sehr restriktiv. Anträge auf Genehmigungen werden durch die Fachbehörden (Wasserwirtschaftsämter) zwar vielfach erlaubt, jedoch wird in den allermeisten Fällen eine Beschränkung auf das oberste geologische Stockwerk vorgeschrieben. Somit ist dann die Genehmigung mit der Auflage verbunden, dass z. B. maximal 30, 40 oder 50 m tief gebohrt werden kann. Dies hat mehrere, gravierende Nachteile. Mit jedem Meter Bohrtiefe steigt die Effizienz, da die Erdwärme im Untergrund steigt. Eine Beschränkung auf unter 80 m Bohrtiefe verringert die Effizienz und erhöht die Anzahl der notwendigen Bohrungen. Dadurch wird der Platzbedarf erhöht.

Durch die Ermöglichung von stockwerkübergreifenden Bohrungen würden sehr viele Projekte erst wirtschaftlich, da eine Vielzahl von Bohrungen sehr kostenintensiv sind. Zudem würden gerade im gewerblichen Bereich viele erst durch die Platzeinsparung ermöglicht, da nur wenige Projekte den Platzbedarf für die vielen, niedrigen Bohrungen aufweisen.

Die seit Jahren durchgehend ablehnende Genehmigungspraxis in Bayern für stockwerkübergreifende Bohrungen steht in klarem Gegensatz zu der Praxis in anderen Bundesländern. In Hessen oder Baden-Württemberg werden bewährte und etablierte Monitoring-Maßnahmen angewandt. Ein umfassender Wasserschutz, der sicherstellt, dass bei stockwerkübergreifenden Bohrungen keine Gängigkeiten geschaffen werden und z. B. nitratbelastetes Wasser aus dem obersten Grundwasserstock in den zweiten Grundwasserstock gelangt, wird in den Nachbarbundesländern durch umfassende Auflagen gewährleistet. So muss z. B. bei der Verfüllung des Bohrloches der Beton mit

Magnetstückchen dotiert werden, sodass eine Überwachung der lückenlosen Verfüllung garantiert ist. Auch zu einem späteren Zeitpunkt sind jederzeit Kontrollmessungen möglich. Diese seit Jahren etablierten und bewährten Techniken werden in Bayern aber nicht anerkannt. So wird in den Nachbarbundesländern bei vergleichbaren geologischen Verhältnissen seit Jahren ein umfassender Grundwasserschutz gewährleistet und gleichzeitig das Potenzial der oberflächennahen Geothermie ausgenutzt.

Bei der Erarbeitung der Auflagen für die stockwerkübergreifenden Bohrungen können die praxisbewährten und umfassenden Auflagen in den Nachbarbundesländern Hessen und Baden-Württemberg als Grundlage herangezogen werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/7709

**Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:
Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 9. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie
 Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum
 11.07.2025 - 17.10.2025
 Drs. 19/8410, 19/8810

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		ENTH		ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
 Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
 01.08.2025 - 06.11.2025
 Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier,
 Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
 Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
 Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen
 CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
 Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
 Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
 Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien
Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen
staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel
durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlage für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Bächler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz
für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III:
Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV:
Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:
Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel
der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum
und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafraumen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)
Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:
Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II:
Qualifikation zum Privaten Sachverständigen
der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III:
Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade bei Stromspeicherausbau beenden –
netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer u.a. SPD
Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie:
zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe
zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik:
Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur
statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I –
Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II –
Qualitätskriterien für guten Ganzttag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III –
Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements
des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität
gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen
gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden:
Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämungsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung:
körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter- und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/7709, 19/8650

**Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:
Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Steffen Vogel

Abg. Florian Köhler

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Alexander Hold

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 23 bis 25 auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:

Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen (Drs. 19/7709)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II:

Qualifikation zum Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft vereinfachen (Drs. 19/7710)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III:

Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter (Drs. 19/7711)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Firma Neuberger in Rothenburg bei mir im Landkreis Ansbach hat es bereits im zweiten Gewerbegebäude erfolgreich umgesetzt: Unter der Bodenplatte haben sie zahlreiche Erdwärmesonden gebohrt. Das Gebäude wird so über eine Wärmepumpe effizient mit Wärme versorgt.

Am ersten Gebäude hat es einwandfrei funktioniert und ist seit Jahren umgesetzt. Dann hat sich die Firma natürlich gedacht: Na ja, wenn wir jetzt das zweite Gebäude

auch so machen – wiederum ein großes Gewerbegebäude –, dann wird die Genehmigung doch einfach sein.

Tja, hat sie gedacht. Aber wir sind in Bayern, und in Bayern ist das alles kompliziert und bürokratisch aufgeladen. Die Firma musste extra noch einmal, obwohl es nur 50 Meter entfernt ist, eine Probebohrung machen, musste das auswerten lassen. Das bedeutet: Die Bohrmaschinen müssen angefahren werden. Dann sind, wenn man so eine Probebohrung macht, schon einmal 20.000 Euro weg. Dann muss das vom Wasserwirtschaftsamt aufwendig untersucht werden usw. usf.

Die Firma hat es durchgezogen. Das Ganze ist jetzt auch installiert. Aber das ist die Praxis in Bayern. Das würde keine andere Firma machen, wenn sie nicht wie die Firma Neuberger ein Ausnahmefall wäre und hier schon positive Erfahrungen hätte. Das ist momentan die Praxis, und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten in Bayern mit oberflächennaher Geothermie 75 % unseres Wärmebedarfs decken. Das wäre machbar. Was wir momentan haben, ist davon wirklich nur ein Bruchteil. Momentan ist es tatsächlich so: Das Landesamt für Umwelt und das Umweltministerium setzen sich hin, sodass Ende 2025 eine sogenannte Ermöglichungskulisse kommen soll; das ist jetzt auch schon wieder vorbei. Wir sehen daran aber einfach: Es geht wahnsinnig langsam.

Baden-Württemberg hat schon seit Jahren einen klaren Auflagenkatalog bei stockwerkübergreifenden Bohrungen; denn das ist nämlich das Problem. Es gibt bei uns an den Wasserwirtschaftsämtern, wenn man da einen Antrag stellt, durchaus auch Zustimmung, sodass man sagt: Ja, Sie dürfen. – Sie dürfen aber halt nur 10 Meter, 20 Meter, 30 Meter tief, bis dann das erste Stockwerk kommt. Darunter dürfen Sie nicht bohren.

Das heißt praktisch: Diese Bohrungen sind sehr ineffizient. Man braucht viele Bohrungen. Dann kommt es halt dazu, dass eine Firma wie zum Beispiel Neuberger das nicht hätte realisieren können, weil sie gar nicht den Platz hat. Die kann keine 50 Bohrungen mit 20 Metern Tiefe machen. Die braucht einfach 15 Bohrungen mit 60, 80 Metern Tiefe. Das ist in Bayern bisher nicht machbar.

Von daher gesehen: Wir haben das Gleiche schon einmal vor knapp drei Jahren gehabt. Da haben wir hier schon ähnliche Anträge gestellt. Es tut sich einfach gar nichts.

Wir sitzen hier wirklich auf einem Schatz. Wir haben hier wirklich eine Wärmflasche. Wir sind aber weiterhin auf Erdgas angewiesen, wir sind weiterhin auf Heizöl angewiesen, weil es die Staatsregierung nicht schafft, dieses Wärmepotenzial im Boden wirklich zu heben. Das ist unser erster Antrag, bei dem es uns darum geht, stockwerkübergreifendes Bohren zu ermöglichen.

Unser zweiter Antrag geht dahin, dass man einfach vereinfacht. Uns geht es immer um Bürokratieabbau, uns geht es immer um Vereinfachung. Da ist es zum Beispiel so, dass dieses Anerkennungsverfahren für die Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft unglaublich bürokratisch ist.

Wir haben da zum Teil Fälle, dass Profis am Bau, die schon dreißig Jahre lang Brunnen gebohrt haben, jetzt, wenn sie sagen, ich schaffe es am Bau nicht mehr so, ich könnte mir aber vorstellen, dass ich noch ein paar Jahre als Privater Sachverständiger tätig bin, erst einmal umfangreiche Referenzen nachweisen müssen, sodass die dann wirklich sagen: Das Ganze ist mir zu blöd, dann könnt ihr es selber machen. – Das ist momentan die Praxis, sodass wir eben keine Sachverständigen mehr haben. Das muss dringend geändert werden.

Unser dritter Antrag empfiehlt: Schaut nach Baden-Württemberg. Dort gibt es zum Beispiel für die Mitarbeiter der Wasserwirtschaftsämter regelmäßig einmal im Jahr

Fortbildungen. Es wäre schon möglich, wenigstens in den drei kommenden Jahren eine große Fortbildungsveranstaltung für die Wasserwirtschaftsämter zu organisieren.

In dem Bereich hat sich sehr viel getan. Der Leitfaden stammt aus dem Jahr 2012; er ist jetzt 13, bald 14 Jahre alt. Es gibt neue Möglichkeiten wie die sogenannte Magnetdotierung und das sogenannte EGRT-System. Das sind tolle neue Errungenschaften. Bei den Wasserwirtschaftsämtern ist das aber leider noch nicht angekommen. In Bayern soll es jetzt Pilotprojekte geben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – Ja, Entschuldigung. – Das dauert aber wieder viel zu lange. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Steffen Vogel das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geothermie ist Heimatenergie. Für uns als CSU-Fraktion ist völlig klar, dass die Geothermie in der Zukunft ein unglaubliches Potenzial für Wärmegewinnung hat. Wir gehen davon aus, dass zwar nicht 75 %, aber zumindest 40 bis 50 % der Wärme für Haushalte in Bayern mittels Geothermie produziert werden können. Deshalb setzen wir uns und setzt sich die Staatsregierung ehrgeizige Ziele. Wir sagen: Wir wollen, dass bis zum Jahr 2050 25 % des gesamten Wärmebedarfs in Bayern aus Geothermie gewonnen werden. Ich finde, das ist ein wahnsinnig ehrgeiziges Ziel.

Geothermie kann für uns einen wahnsinnig wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Geothermie ist grundlastfähig. Das heißt, wir sind nicht abhängig von Tageszeit und Nachtzeit; wir sind nicht davon abhängig, ob der Wind weht oder nicht; das Wetter

spielt keine Rolle. Geothermie erzeugt Wärme ohne CO₂. Damit hat sie natürlich einen wahnsinnigen Vorteil gegenüber fossilen Energieträgern.

Deshalb ist – ich habe es genannt – Geothermie Heimatenergie. Wir sehen in ihr das Potenzial, jedes Jahr Millionen Tonnen an CO₂ einzusparen. Deshalb ist die Geothermie eine wichtige Säule der Energie- und Wärmeversorgung der Zukunft. Deshalb legen wir darauf einen Schwerpunkt.

Herr Kollege Stümpfig, Sie erwecken hier einen völlig falschen Eindruck, wenn Sie sagen, dass wir nach Baden-Württemberg schauen müssten, um zu wissen, wie es geht.

(Beifall bei der CSU)

Nur zum Vergleich, was vielen wahrscheinlich gar nicht bewusst ist: 90 % der gesamten in Deutschland installierten Wärmeleistung im Bereich Geothermie befinden sich bei uns in Bayern. Jedes Jahr werden 3,4 Terawattstunden Wärme produziert – das entspricht einem Äquivalent von 300.000 Haushalten.

Wir sehen daher in der Geothermie eine Riesenchance, übrigens nicht nur als Ergänzung zur Wärmeproduktion, sondern auch für die Stromproduktion. Auch da gibt es Pilotprojekte. Natürlich muss das getestet werden. Ich nenne hier nur Geretsried und Kirchweidach. Das sind Modellpilotprojekte für ganz Bayern. Bayern gibt also Vollgas; Baden-Württemberg ist für uns kein Modell.

Ich nenne erstens den Geothermie-Atlas, zweitens die Koordinierungsstelle Tiefengeothermie, drittens die Geothermie-Allianz und viertens das Praxisforum Geothermie Bayern. Das alles haben wir hier bei uns.

Wir haben die Genehmigungsbehörden, die Bergämter, personell aufgestockt. Wir haben das LfU als Fachbehörde personell aufgestockt. Wir haben die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, die BEW, mit einem LfA-Darlehen und einem Kreditangebot begleitet und unterstützt. Ferner gibt es das Megaforschungsprojekt GIGA M,

bei dem 1.100 Quadratkilometer – das muss man sich einmal vorstellen –, der gesamte Münchner Raum mit seinem Tiefenprofil, erfasst werden, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Chancen und Potenziale sich für die Geothermie im Großraum München und damit auch für ganz Bayern ergeben. Wir sind deshalb Vorreiter, und deshalb brauchen wir hier im Bayerischen Landtag keine Nachhilfestunde der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist aber: Wir brauchen noch bessere Rahmenbedingungen, um noch mehr PS aufs Gleis oder auf die Straße zu bringen. Warum? – Der Bund setzt natürlich auch den Rahmen. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen auf Bundeseite. Wir brauchen schnellere Verfahren. Wir brauchen mehr Forschungsinvestitionen und auch eine auskömmliche, wirklich langfristige Finanzierung der Wärmenetze und der Wärmeinfrastruktur über die BEW-Förderung. Deshalb brauchen wir jedes Jahr für den Gesamtbereich Wärmenetzausbau mindestens 3 Milliarden Euro.

Der Bund hat die richtigen Schritte eingeleitet – das muss man auch sagen. Ich nenne das Geothermie-Beschleunigungsgesetz. Ich habe die Pressemitteilung des Praxisforums Geothermie Bayern dabei. Dieses sagt, dass das für die Geothermie in Bayern ein echter Beschleuniger war. Was wir aber natürlich auch brauchen – das hatten wir schon im Landtag als Thema im Ausschuss –, ist eine Fündigkeitsrisikoabsicherung. Ein Konzept soll vorgelegt werden – es liegt noch nicht vor. Das ist notwendig; denn wenn das wirtschaftliche Risiko zu hoch ist, dass durch die Bohrungen Geld verloren geht, entstehen natürlich Schwierigkeiten. Deshalb brauchen wir ein entsprechendes Konzept. Das ist völlig klar.

Zusammenfassend: Erstens. Geothermie hat für uns ein unfassbares Potenzial für die Wärmeversorgung.

Zweitens. Geothermie leistet einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduzierung und zur Erreichung der Klimaziele.

Drittens. Wir sehen in der Geothermie eine Möglichkeit und Chance für regionale Wertschöpfung und damit auch der Unabhängigkeit von Energieimporten von fossilen Energieträgern.

Schließlich: Wenn wir als Freistaat Bayern mit bayerischen Firmen im Bereich der Geothermie Vorreiter sind, kann in Verbindung mit Forschung und Entwicklung auch in den Betrieben mit Innovationen und neuen Technologien tatsächlich ein neuer Wirtschaftsbereich entstehen, der Arbeitsplätze sichert. Auch das sehen wir als Chance der Geothermie.

Jetzt komme ich zu den drei Anträgen der GRÜNEN.

Erstens. Stockwerkübergreifende Bohrungen sollen ermöglicht werden. Das sehen wir genauso. Das steht auch auf der Agenda. Deshalb soll auch der Auflagenkatalog überarbeitet werden. Neue Techniken wie die Magnetdotierung sollen eingebracht werden.

Deshalb brauchen wir diesen Antrag nicht; denn das, was sowieso passiert, bedarf keiner Zustimmung zu einem Antrag, damit am Ende gesagt werden kann, die Geothermie in Bayern würde nur wegen der GRÜNEN vorangebracht. Die GRÜNEN haben in diesem Land siebzig Jahre keine Verantwortung getragen. Trotzdem sind wir im Bereich der erneuerbaren Energien Spitzenreiter in Deutschland. Wir brauchen keine Nachhilfe der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Qualifikation von Privaten Sachverständigen soll erleichtert werden. Ausnahmen für Techniker und Meister gibt es bereits seit 2019, um den Status als Privater Sachverständiger zu erreichen. Für uns ist aber immer Voraussetzung: Der deutsche Qualifikationsrahmen muss Grundlage für die Anerkennung als Sachverständiger sein. Wir stimmen zu, dass es möglicherweise noch zu unbekannt ist, dass die Möglichkeit besteht, unter erleichterten Voraussetzungen Sachverständiger zu

werden. Offensichtlich ist das vielen noch nicht bekannt. Deshalb sollten wir das an den Meisterschulen und Technikerschulen besser bekannt machen, damit wir mehr Sachverständige bekommen.

Der dritte Antrag betrifft die Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter. Auch dafür sehen wir überhaupt keine Notwendigkeit. Wir haben natürlich gefragt, wie das denn ist. Wir bekamen die Rückmeldung, dass bereits mehrmals im Jahr – nicht einmal in drei Jahren – Workshops und Dienstbesprechungen stattfinden. Wir haben einheitliche Vollzugshinweise. Wir haben Merkblätter. Das heißt, laufend gibt es Fortbildungen, in denen das Thema Geothermie auf die Agenda gesetzt wird, um es voranzubringen.

Ich habe vorher gesagt, 90 % der installierten Leistung aus Geothermie stammen aus Bayern. Jetzt stellt sich die Frage: Brauchen wir jetzt noch einen Turbo? Allein im Jahr 2025 haben wir 20 % Steigerung und zwei große Modellprojekte, mit denen wir wieder Vorreiter in Deutschland sind. MTU hat als einziger deutscher DAX-Konzern eine Geothermie-Bohrung vorgenommen und bezieht jetzt 80 % seines gesamten Wärmebedarfs ausschließlich aus Geothermie.

Die Gemeinde Grünwald wird im Jahr 2026 mit hoher Wahrscheinlichkeit bayern- und deutschlandweit die erste Gemeinde sein, die den gesamten Wärmebedarf ausschließlich aus Geothermie sicherstellt. Bayern ist deshalb im Bereich der Geothermie Vorreiter.

Deshalb zusammenfassend: Wir lehnen die Anträge der GRÜNEN ab, weil sie überflüssig sind, weil wir diese Themen bereits auf der Agenda haben und weil wir bereits jetzt im gesamten Bereich der erneuerbaren Energien und eben auch im Bereich der Geothermie Vorreiter sind. Deshalb lehnen wir diese Anträge ab. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Steffen Vogel (CSU): Wer hätte das gedacht!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, in der Schule hätte es Themaverfehlung geheißen. Da hätte der Lehrer gesagt: Vogel, setzen, Sechs!

(Michael Hofmann (CSU): Die GRÜNEN wieder als Oberlehrer! So kennen wir euch!)

Es ging nämlich nicht um Tiefengeothermie, es ging nicht um Fündigkeitsversicherungen, nicht um Strom, nicht um die Koordinierungsstelle Tiefengeothermie, sondern es geht – und das steht auch im Titel – um oberflächennahe Geothermie. Das ist eine ganz andere Geschichte. Das heißt zwar auch Geothermie, ist aber etwas ganz anderes. Daher haben 80 % deiner Rede mit unseren Anträgen überhaupt nichts zu tun gehabt.

Wir haben folgende Problematik: Wir haben einen Fall im Bereich Ulm. Da durfte auf baden-württembergischer Seite für Erdwärmesonden 200 Meter tief gebohrt werden, auf bayerischer Seite, gleiche Geologie, ein paar Kilometer entfernt, 20 Meter. Wir wollen, was bei der gleichen Geologie in Baden-Württemberg möglich ist, auch in Bayern haben. Es gibt kein einziges Schadensereignis. Da ist noch nie irgendetwas passiert.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig; Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Bayern blockiert hier massiv. Die Frage ist: Warum geht da nichts vorwärts?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steffen Vogel (CSU): Warum stellt ihr diese Anträge? – Diese Anträge werden gestellt, um den Eindruck zu erwecken, als würden wir im ganzen Bereich der Geothermie hinterherhinken. Deshalb ist der erste Teil der Rede auch so wichtig, um einfach deutlich zu machen, dass wir nicht auf dem letzten Platz sind, sondern – noch einmal – 90 % der gesamten installierten Leistung von Geothermie in Bayern ist. Deshalb können 15 andere Bundesländer – auch Baden-Württemberg – nach Bayern schauen und sehen, wie man Geothermie voranbringt. Daher habe ich diese Ausführungen gemacht, um das einfach einmal deutlich zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe es doch angesprochen: Wir sind doch auch dafür, dass die Tiefenbohrungen jetzt kommen, dass die Magnetdotierung kommt. Uns wurde mitgeteilt: Dieses Auflagenkonstrukt, diese Vorgaben werden jetzt auch nach den Erfahrungen überarbeitet, um das voranzubringen. Jetzt wird aber der Eindruck erweckt: Weil ihr euren Antrag stellt, wird es plötzlich gemacht. Es ist aber längst auf dem Weg. Ich kann nicht heute die Staatsregierung auffordern, etwas zu tun, was sie schon längst tut.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Deshalb Ablehnung, es bleibt dabei, basta.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir zugegeben gut überlegt, wie ich mit dem letzten Antrag des Tages umgehe, gerade was leere Versprechungen der GRÜNEN angeht, auch weil in den vergangenen Sitzungen einige Kollegen dadurch aufgefallen sind, dass unsere

Anträge abschätzig behandelt worden sind. Da hat es geheißen: Das wurde im Ausschuss behandelt, dazu ist schon alles gesagt. Dann ist man hier wieder davongetrabt. Ich gehe mit gutem Beispiel voran; dafür bin ich bekannt.

(Zurufe)

Es gibt dadurch auch einen qualitativen Unterschied zwischen uns und anderen, aber gut.

Ihr Antrag ist nun einmal eine Verengung der Energiepolitik. Wir brauchen in der Energiepolitik Realismus und Technologieoffenheit. Vor allem brauchen wir aber bezahlbare Energie. Ihre Anträge haben einen massiven Ausbau der oberflächennahen Geothermie zum Ziel. Sie fordern unter anderem vereinfachte Qualifikationen für Sachverständige, also dass die schneller zugelassen werden. Dann fordern Sie die Zulassung stockwerkübergreifender Bohrungen, eine unverpflichtende Fortbildung in Wasserwirtschaftsämtern und einheitliche Genehmigungsprozesse.

Das wirkt auf den ersten Blick zugegeben pragmatisch, aber beim näheren Hinschauen fällt auf, dass Sie das eigentlich nur suggerieren. Die Geothermie kann durchaus ihren Beitrag leisten, auch weil sie zum Teil grundlastfähig ist, aber Fakt ist nun einmal auch, dass die oberflächennahe Geothermie stark standortabhängig, technisch anspruchsvoll und keineswegs flächendeckend einsetzbar ist. Wenn wir uns nur einmal den ländlichen Raum und unseren Gebäudebestand anschauen, sehen wir, dass wir schnell an unsere wirtschaftlichen und praktischen Grenzen kommen.

Sie fordern unter anderem tiefere Bohrungen. Das bedeutet eine höhere Effizienz, das ist klar, aber eben auch höhere und erhebliche Kosten und damit natürlich auch höhere Risiken. Da spricht man von Fehlbohrungen, geologischen Unsicherheiten und langen Amortisationskosten. Diese treffen letztlich Kommunen, Betriebe und private Bauherren gleichermaßen. Sie blenden in Ihren Anträgen diese Probleme leider Gottes aus.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da muss man schon sagen: Wenn man das Problem angehen möchte, müssen die natürlich abgedeckt werden. Ich habe grundsätzlich kein Problem damit, dass man das Kommunen ermöglicht, aber ich stelle mir schon die Frage: Wer soll diese Risiken am Ende tragen? Wollen Sie wieder ein staatliches Förderprogramm oder dergleichen auflegen? Das bleibt alles unbeantwortet.

Dann zu den Sachverständigen; das ist so ein Punkt. Wir haben das ehrlich gesagt als grünes "Gschaftlhubern" abgetan, denn das ist das Einzige, was das fördert: eine aufgeblasene Beraterwirtschaft, mehr nicht. Man muss halt auch sagen: Zulassungsverfahren sollen eben nicht zulasten des Grundwasserschutzes oder des Wasserschutzes gehen. Wir haben bewusst hohe Standards. Der Trinkwasserschutz ist nun einmal keine bürokratische Schikane oder dergleichen; er ist zentrale Daseinsvorsorge.

Sie haben auf andere Bundesländer verwiesen. Das hat mich kurz gefreut, weil es schon einen Unterschied zwischen Bayern und anderen Bundesländern gibt. Gerade geologisch, hydrologisch und strukturell kann man das einfach nicht vergleichen.

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass Ihre Anträge mal wieder eine energiepolitische Einbahnstraße sind, bis auf den einen Antrag, dass man stockwerkübergreifende Bohrungen zulässt; da können wir uns enthalten. Ansonsten ist es leider Gottes eine Einbahnstraße.

Ziel der Politik sollte es sein, alle verfügbaren Energiequellen nüchtern zu überprüfen und zu bewerten. Ziel sollte es auch sein, dass wir die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit in den Mittelpunkt stellen. Ziel sollte es auch sein, ohne Vorbehalte günstige Energie aus dem Ausland zu beziehen, und zwar unter den Kriterien, dass sie zuverlässig und wirtschaftlich bei uns ankommt.

Bezahlbare Energie ist die Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt, für die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land und für die industrielle Wertschöpfung in Bayern.

Wie gesagt, Ihre Anträge versprechen mehr, als Sie halten können. Wir lehnen die anderen beiden Anträge ab. Ich darf noch feststellen: Bayern braucht keine ideologische Energiepolitik, keine leeren Versprechungen der GRÜNEN. Wir brauchen eine vernünftige, sichere und bezahlbare Energieversorgung.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Josef Lausch für die FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochverehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich feststellen, dass es mich freut und ehrt, dass die Regierungsfractionen zu dieser späten Stunde noch so gut vertreten sind, insbesondere meine Landtagsfraktion mit dem Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich rüberschaue, schaut es schon sehr dünn aus; das darf man auch einmal sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Zum Thema. Oberflächennahe Geothermie ist der Bayerischen Staatsregierung und uns FREIEN WÄHLERN natürlich seit Jahren extrem wichtig. Sie ist eine tolle Möglichkeit zur erneuerbaren und regionalen Wärmeversorgung. Die Anträge der GRÜNEN greifen durchaus reale Themen auf und fordern übrigens überwiegend Maßnahmen, die bereits umgesetzt sind oder sich schon in der konkreten Umsetzung befinden. Zusätzliche Beschlüsse wären daher überwiegend symbolisch und bringen tatsächlich keinen praktischen Fortschritt. – Zu den drei Anträgen in aller Kürze.

Antrag 1. Ziele des Antrags sind Erleichterung, Beschleunigung von Genehmigungen, Klären offener Fragen. Zur aktuellen Lage: Wir haben bereits eine Arbeitsgruppe auf Landesebene unter der Beteiligung verschiedener Fachverwaltungen, von Verbänden, Praktikern und der Wissenschaft.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Die Arbeit läuft bereits strukturiert und zielgerichtet. Ein zusätzlicher Antrag – würde er durchgehen, was er, Gott sei Dank, nicht wird – würde nur Parallelstrukturen schaffen. Sie sind, klassisch, so überflüssig wie ein grüner Kropf.

Antrag 2. Ausbildung und Anerkennung stärken. Wir haben bereits umgesetzte Maßnahmen. Seit 2019 gibt es bereits Ausnahmeverfahren zur Anerkennung als Private Sachverständige Wasserwirtschaft, die sogenannten PSW. Es werden auch Absolventen von Techniker- und Meisterschulen geködert und zugelassen.

Wir machen aber in keiner Weise Abstriche bei der Qualität. Der Schutz des Grundwassers bleibt für die Bayerische Staatsregierung, für CSU und FREIE WÄHLER oberstes Ziel.

Zum dritten Antrag. Einheitlicher Vollzug und bessere Praxis, konkrete Maßnahmen. Wir aktualisieren den Leitfaden zur oberflächennahen Geothermie laufend; Kollege Vogel hat es schon gesagt. Ergänzungen gibt es eben zu Ihren angesprochenen stockwerkübergreifenden Bohrungen usw. Es gibt einheitliche Vollzugshinweise durch Merkblätter und Schulungen des LfU. Der fachliche Rahmen ist ausgezeichnet.

Bayerns geologischen Bedingungen sind sehr unterschiedlich: Zwischen München und Würzburg ist geologisch halt ein Riesenunterschied. Deswegen sind pauschale Lösungen, wie hier angedacht, nicht sachgerecht. Einzelfallprüfungen bleiben notwendig, um nicht kapitalen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden.

Gesamtfazit: Die Bayerische Staatsregierung fördert aktiv die oberflächennahe Geothermie. Wir sorgen für Qualität, Sicherheit und Grundwasserschutz. Wir setzen auf

fachliche Zusammenarbeit statt auf Schnellschüsse. Die Anträge der GRÜNEN beschreiben – zugegebenermaßen – tatsächlich die richtigen Ziele, aber wiederholen schon bestehende oder auch durchgeführte Maßnahmen.

Zum Schluss darf ich mit Erstaunen feststellen, Herr Kollege Stümpfig, dass Sie mit geradezu jesuitischem Eifer dem Bürokratieabbau das Wort reden.

(Michael Hofmann (CSU): Die armen Jesuiten!)

– Ich glaube fast, die GRÜNEN werden vom Saulus zum Paulus. Das wäre dann aber genauso real, als wenn ich in der Kantine Wasser zu Wein verwandeln würde oder könnte.

(Martin Wagle (CSU): Jetzt übertreibst du aber!)

Selbstverständlich fehlt mir hier der Glaube, dass die GRÜNEN den Bürokratieabbau forcieren,

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

und selbstverständlich lehnen wir diese Sache ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie des Staatsministers Dr. Fabian Mehring – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Lausch. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Der Kollege Lausch hat hier so impulsiv geredet, dass die Mikrofonabdeckung heruntergefallen ist. Aber es war eine schöne Rede, die ihm das Ministerium an der Stelle aufgeschrieben hat.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das schreibt kein Ministerium! – Weiterer Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Zuerst will ich einige Worte zu der engagierten Rede des Kollegen Vogel sagen. Ich bin schon seit einiger Zeit im Bayerischen Landtag. Wir haben Jahre über Jahre Anträge für die Geothermie gestellt. Sie wissen vielleicht, dass das in Unterhaching – eine der ersten Gemeinden in Bayern, die das gemacht hat – der Bürgermeister, der Genosse Erwin, vorangetrieben hat. Er war auch Vorsitzender des Bundesverbands Geothermie.

Ich kann mich nicht erinnern, dass die Begeisterung in den letzten Jahren für die Geothermie seitens der CSU so groß war. Sie haben die Fündigkeitsversicherung abgelehnt. Sie mussten sich zum Jagen tragen lassen.

Es sind die Münchener Umlandgemeinden und die Landeshauptstadt München, die jetzt mehrere Hunderttausend Einwohnerinnen und Einwohner mit Geothermie versorgen. Wenn man also über die Geothermie in Bayern begeistert ist, dann sollte man sich bei Christian Ude und Dieter Reiter dafür bedanken, aber nicht bei der CSU.

(Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber der Kollege Stümpfig hat völlig recht. Es geht nicht um die Tiefengeothermie, sondern es geht um die oberflächennahe Geothermie. Ich finde es toll, dass Sie davon so begeistert sind, weil man diese Geothermie mit Wärmepumpen nutzt. Insofern entnehme ich daraus ein klares Bekenntnis der Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN zu Wärmepumpen.

(Zuruf: Jawohl!)

Lassen Sie uns diesen vernünftigen Weg gemeinsam weiter beschreiten.

Wir finden die Anträge der GRÜNEN aber ganz vernünftig und werden diesen drei Anträgen deswegen zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Knapek!)

– So hieß der Bürgermeister. Mein Parteigenosse Erwin Knapek. Vielen Dank!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, Herr Kollege von Brunn. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Kerstin Schreyer, CSU-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Frau Schreyer hat das im Gemeinderat auch immer unterstützt. Ich weiß das. Wo ist sie?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hier. Sie hat das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Sie sitzt direkt vor Ihnen, Herr Kollege. – Herr Kollege, ich finde schon spannend, dass Sie immer sagen, die CSU hätte das nicht vorangetrieben. Im Gemeinderat Unterhaching war das ein einstimmiger Prozess zwischen allen Fraktionen.

Ich saß zu diesem Zeitpunkt im Gemeinderat – es saß kein weiteres Mitglied dieses Hohen Hauses zu diesem Zeitpunkt in Unterhaching im Gemeinderat –, und ich kann Ihnen nur sagen, dass der SPD-Bürgermeister Gott sei Dank so viel Verstand hatte – er kam ja von Siemens – und sich entschieden hat. Er wurde im Wahlkampf im Übrigen immer als Kiwi bezeichnet – grün mit schwarzen Tupfen; da war nie etwas Rotes drin.

(Heiterkeit)

Ich freue mich trotzdem, dass er ein roter Bürgermeister war, der so viel Verstand hatte, dass man das wirklich miteinander hinbekommen konnte.

Ich möchte Ihnen auch rückmelden: Im Bayerischen Landtag hat die CSU-Fraktion maßgeblich den Bereich Geothermie vorwärtsgetrieben. Sie wissen, dass gerade mir in persona das immer wichtig war, weil wir in Unterhaching bei dem Thema deutschlandweit Vorreiter waren und unser Bürgermeister Dr. Erwin Knappek das auch deutschlandweit begleiten durfte. Ich finde es ein wenig sportlich, wenn Sie jetzt behaupten, dass die CSU-Fraktion das nicht gewesen sei. Die CSU-Fraktion hat das immer getragen und immer ohne Ende gepusht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Florian von Brunn (SPD): Mein Kollege und Genosse Erwin Knappek war SPD-Bürgermeister. Egal ob Sie ihn jetzt als Kiwi bezeichnen – er hatte ein rotes Parteibuch. Ich habe aber zur Kenntnis genommen und auch anerkannt, dass Sie da im Gemeinderat parteiübergreifend gearbeitet haben.

Leider ist aber nicht richtig, was Sie sagen. Sie haben hier so viele Anträge abgelehnt. Wann kam die Fündigkeitsversicherung? Das war nicht zu den Zeiten der CSU-Alleinregierung. Wann ist es – –

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

– Jetzt bin ich dran, Frau Schreyer. – Wann ist es entscheidend vorangegangen? – Als wir zum ersten Mal in der Ampel angefangen haben, die Geothermie wirklich zu entbürokratisieren. Diese Gesetze, die da vorbereitet wurden, sind jetzt beschlossen worden. Es war nicht die CSU, sondern es war Rot-Grün, die die Geothermie zum Fliegen gebracht haben. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Alles andere wäre aus meiner Sicht Geschichtsklitterung. Wir können diese Frage aber gerne bei einem Glas Wein oder Bier diskutieren.

(Beifall bei der SPD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): So billig geht es nicht!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt kommt die Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Alexander Hold, FREIE WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, erst einmal großen Respekt dafür, dass Sie so engagiert für diesen GRÜNEN-Antrag gesprochen haben. Aber es ist nachvollziehbar; von Ihrer Fraktion sind immerhin noch sechs Abgeordnete anwesend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit)

Ich habe jetzt eher eine persönliche Frage. Wenn es jetzt nicht ein GRÜNEN-Antrag, sondern ein Antrag von Ihrer Fraktion wäre, wären Sie dann frustriert, wenn zum eigenen Antrag nur noch fünf da wären, wie es bei den GRÜNEN gerade der Fall ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit)

Florian von Brunn (SPD): Ich möchte Sie korrigieren. Herr Scheuenstuhl ist gerade hereingekommen. Wir sind sieben.

(Michael Hofmann (CSU): Dann seid ihr ja vollzählig! – Heiterkeit – Zurufe)

Mir geht es nicht um so billige Spielchen mit Zahlen, sondern mir geht es um die Sache. Danke, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die drei Anträge sind abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:18 Uhr)